

NIEDERSCHRIFT

zur 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen (XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: 08.06.2021
Ort der Sitzung: Hybride Sitzung im Kreissitzungssaal und Zuschaltung per Videokonferenz
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:09 Uhr
Den Vorsitz führte: Herr Sven Ladeck

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Sven Ladeck
2. Frau Birte Wienands
3. Frau Katharina Reinhold
4. Frau Sabina Kram
5. Frau Barbara Brand
6. Herr Heiner Cöllen
7. Herr Mario Loebelt
8. Herr Uwe Amelungk

• SPD-Fraktion

9. Frau Annika Bongartz
10. Frau Lampert-Voscht
11. Herr Rainer Schmitz
12. Frau Sabine Kühl
13. Herr Udo Bartsch
14. Herr Leif Lüppertz

Vertretung für Doris Rexin Gerlach

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15. Frau Angela Stein-Ulrich
16. Herr Elias Ackburally
17. Herr Hermann-Josef Wienken
18. Frau Swenja Krüppel
19. Frau Marianne Michael-Fränzel

• FDP-Fraktion

20. Herr Dirk Rosellen
21. Herr Onur Büyükgök

Vertretung für Jan Günther

- **Die Linke**

22. Herr Marc Becker

Vertretung für Marco Nowak

- **UWG**

23. Herr Carsten Thiel

- **AfD-Fraktion**

24. Herr Christian Keller

Vertretung für Hannelore Byhahn

- **Beratende Mitglieder**

25. Frau Cornelia Häke

26. Frau Barbara Shahbaz

27. Herr Bernd Gellrich

- **Gäste**

28. Herr Andreas Werhahn

- **Verwaltung**

29. Herr Kreisdirektor Brügge

30. Frau Anja Moll

31. Frau Ulrike Weyerstraß

32. Herr Benjamin Josephs

33. Frau Ina Tichy

34. Frau Sarah Keller

- **Schriftführer**

35. Frau Jacqueline Dragojevic

36. Herr Adalbert Kuszynski

Inhaltsverzeichnis

1. Begrüßung und Beschlussfähigkeit	4
2. Verpflichtung der sachkundigen Bürger	4
3. Kompass D	4
4. Flüchtlinge – Sachstandsbericht	5
5. Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen „Gemeinsam klappt´s“/“Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“	5
6. Schlüssiges Konzept	6
7. Junge Pflege	6
8. Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum Thema Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen	7
9. Anfrage Wohnungsbaukoordinator/in	8
10. Anfrage Runder Tisch	8
11. Anfrage Service- und Koordinierungsgesellschaft	9
12. Verschiedenes	9

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck eröffnete die zweite Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen im Jahr 2021 und hieß alle Mitglieder sowie Presse, Kreisdirektor, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter zur ersten Präsenzsitzung Willkommen. Zugleich schlug Ausschussvorsitzender Ladeck eine abgewandelte Tagesordnung vor, da es aufgrund der ersten in Präsenz stattfindenden Sitzung zu Unstimmigkeiten der bisherigen Tagesordnung gekommen sei. Es gab keine Gegenstimmen, woraufhin die Tagesordnung wie folgt geändert wurde:

Die Beschlussfähigkeit war gegeben.

2. Verpflichtung der sachkundigen Bürger

Protokoll:

Die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger Frau Bongartz, Frau Lampert-Voscht, Herr Amelungk, Herr Büyükgök, Herr Keller, Herr Loebelt und Herr Wienken wurden vom Vorsitzenden Ladeck in ihre Ämter eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Ausschussvorsitzender Ladeck wies die anwesenden Mitglieder auf die Geschäftsordnung des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss hin. Danach soll jedem Ausschussmitglied zu jedem Tagesordnungspunkt bis zu zweimal das Wort erteilt werden; Antragsteller erhalten demgegenüber bis zu viermal das Wort. In der ersten Sitzung wurden diese Regelungen nicht konsequent verfolgt, da die Sitzung in digitaler Form erfolgte. Ausschussvorsitzender Ladeck bekräftigte, dass es für die effektive und effiziente Arbeit des Ausschusses unabdingbar sei, diese Regeln zu befolgen.

3. Kompass D

Vorlage: 50/0615/XVII/2021

Protokoll:

Herr Werhahn stellte im Rahmen einer Präsentation die wesentlichen Ziele, die Eckdaten und die Entwicklung des Förderprogramms „Kompass D“ vor. In diesem Zusammenhang wies Herr Werhahn auf die besonderen pandemiebedingten Herausforderungen hin.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Kühl antwortete Herr Werhahn, dass schätzungsweise ein Drittel der jungen Menschen, die mit Kompass D begleitet werden, Frauen seien. Anschließend gab Herr Werhahn Eindrücke in den Arbeitsalltag bei Kompass D. Ausschussvorsitzender Ladeck bedankte sich bei Herrn Werhahn für den Vortrag. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

4. Flüchtlinge – Sachstandsbericht

Vorlage: 50/0616/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge wies auf den in der Einladung beigefügten Sachstandsbericht hin, dieser sei selbsterklärend. Die Verwaltung stehe gern für Nachfragen bereit.

Ausschussmitglied Ackburally trug die Bitte seiner Fraktion vor, dass die Verwaltung statt den Begriff „Flüchtlinge“ künftig die Bezeichnung „Geflüchteten“ verwenden möge, wie im TO 5 bereits umgesetzt.

Kreisdirektor Brügge wies daraufhin, dass die Verwaltung ihren Kolleginnen und Kollegen keine Formvorschriften vorgebe, wie sie zu berichten haben. Kreisdirektor Brügge versicherte, dass insbesondere Frau Weyerstraß und das Kommunale Integrationszentrum sehr intensiv und wertschätzend an diesem Thema arbeiten. Der Hinweis werde jedoch gern an die Kolleginnen und Kollegen weitergegeben.

5. Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen „Gemeinsam klapp't s“/„Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“

Vorlage: 50/0617/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge verwies auf die Vorlage der letzten Sitzung zu dem Landesprogramm KIM. Der aktuellen Vorlage ist zu entnehmen, dass auch die Umsetzung der Landesinitiativen durch die Pandemie lediglich eingeschränkt vorangetrieben werden konnte. Mit dem Ausklingen der Pandemie soll die Umsetzung der Initiativen wieder intensiviert werden. Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass diese Landesinitiativen stark mit dem von Herrn Werhahn vorgestellten Programm „Kompass D“ verbunden sind und dass durch die Umsetzung von „Kompass D“ wertvolle Erfahrungen für die Umsetzung der Landesinitiativen zur Verfügung stehen.

Ausschussmitglied Wienken merkte an, dass der im Bericht verwendete Begriff „Zuführung“ eine Zwangsmaßnahme suggeriere, dieses Projekt jedoch freiwillig sei. Er bat dieses Wort durch andere Begrifflichkeiten, wie beispielsweise „Vermittlung“, zu ersetzen. Kreisdirektor Brügge nahm diese Anmerkung gerne an.

6. Schlüssiges Konzept

Vorlage: 50/0609/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge erläuterte – wie im letzten Ausschuss bereits mitgeteilt –, dass der Auftrag zur Erstellung eines Schlüssigen Konzeptes nicht mehr an das Unternehmen *Analyse und Konzepte* vergeben wurde, sondern nach entsprechendem Ausschreibungsverfahren an das Unternehmen *empirica*. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes besteht nunmehr die Möglichkeit, ein Schlüssiges Konzept allein auf der Basis von Angebotsmieten zu erstellen. Vor diesem Hintergrund werden derzeit nicht nur die öffentlich zugänglichen Angebotsmieten berücksichtigt, sondern auch die Angebotsmieten verschiedener Wohnungsbauunternehmen. Hierzu erfolgte eine Abfrage der 30 größten Wohnungsbauunternehmen im Rhein-Kreis Neuss. Das Ergebnis werde in den nächsten sechs bis acht Wochen erwartet, sodass die Beratungen zum neuen Schlüssigen Konzept nach den Sommerferien aufgenommen werden können.

Ausschussmitglied Thiel war erfreut, dass nur die Angebotsmieten berücksichtigt werden, dies wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach beantragt und moniert. Auf Basis der Bestandsmieten könnten keine neuen Mietverträge abgeschlossen werden. Die UWG freut sich auf den neuen Mietspiegel. Es herrsche nun Klarheit darüber, aus welchem Grund der Rhein-Kreis Neuss die großen Wohnungsbaugesellschaften angefragt hat, nämlich um die Preise zu drücken.

Kreisdirektor Brügge stellte klar, dass seitens des Rhein-Kreises Neuss nicht die Absicht bestünde, die Preise zu drücken. Mit der vorliegenden Abfrage soll der Forderung des Gesetzgebers und des Bundessozialgerichtes auf Implementierung des vollständigen Wohnungsmarktes in ein Schlüssiges Konzept erfüllt werden. Dies sei schlicht weg die Aufgabe der Verwaltung.

Bündnis 90/Die Grünen seien sehr darüber erfreut, dass die Angebotsmieten berücksichtigt werden, berichtete Ausschussmitglied Stein-Ulrich. Insbesondere freue sie sich, dass das Unternehmen *empirica* den Auftrag erhalten habe, zumal sie das Unternehmen bereits vor acht Jahren vorgeschlagen habe.

Kreisdirektor Brügge stellte nochmals deutlich heraus, dass die Beauftragung des Unternehmens *empirica* auf eine öffentliche Ausschreibung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben beruhe und dass die Berücksichtigung der Angebotsmieten aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts erstmals möglich ist.

7. Junge Pflege

Vorlage: 50/0585/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge wies darauf hin, dass das Anfang des letzten Jahres vorgestellte Gutachten Junge Pflege durch eine Abfrage bei jungen

Pflegebedürftigen und deren Angehörigen vertieft werden sollte. Bedauerlicherweise sei aufgrund der pandemischen Lage die Rücklaufquote der Umfrage sehr gering ausgefallen, sodass aus dieser Anfrage keine Wertungen gezogen werden konnten. Daher werde in diesem Jahr, im Rahmen der Neuaufstellung der örtlichen Planung, eine neue umfangreichere Umfrage gestartet.

Ausschussmitglied Kühl erfragte, ob es eine Altersbegrenzung, abgesehen von der Obergrenze von 65 Jahren gab. Kreisdirektor Brügge verneinte diese Frage nach seinem Kenntnisstand, wird aber eine finale Rückmeldung zu Protokoll geben.

Zusätzlich merkte Ausschussmitglied Kühl an, dass viele Familien keine Umfragen erhalten hätten und bat daher künftig darauf zu achten, auch allen Anbietern der haushaltsnahen Dienstleistung diese Umfrage zur Verfügung zu stellen, sodass diese die Umfrage an die entsprechenden Familien weitergeben könnten. Zusätzlich könne die Umfrage bei der Pflegeüberprüfung verteilt werden, um auch die Familien zu erreichen, die keine haushaltsnahen Dienstleistungen erhalten. Kreisdirektor Brügge bedankte sich für die Hinweise und wird die Anmerkungen bei der nächsten Verteilung berücksichtigen.

Ausschussmitglied Krüppel erfragte, wer für die Erhebung der Daten aus den Umfragen zuständig ist. Kreisdirektor Brügge antwortete, dass das Gewos-Institut für Stadt- Regional- und Wohnforschung GmbH damit beauftragt worden sei. Hierzu merkte Ausschussmitglied Krüppel an, dass das Institut kritisch hinterfragt werden solle, inwiefern dieses ihrer Auftragspflicht nachgekommen sei. Kreisdirektor Brügge bedankte sich für den Hinweis.

Anmerkung:

Das Gewos-institut hat die anhängenden Fragebögen an die ambulanten Dienste versandt. Den Fragebögen ist zu entnehmen, dass es keine Altersbegrenzung gegeben habe.

8. Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum zum Thema Beauftragte in den kreisangehörigen Kommunen

Vorlage: 50/0618/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Reinhold trug den Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum vor.

Beschluss:

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

9. Anfrage Wohnungsbaukoordinator/in

Vorlage: 50/0593/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Bartsch erfragte, wie sich der Bereich „Wohnen“ in der Verwaltung abbilde, da dieser Ausschuss unter anderem gebildet wurde, um den Bereich Wohnen stärker zu etablieren. Herr Josephs merkte hierzu an, dass das Thema Wohnungsbau in der Wohnraumförderung im Planungsamt verankert sei. Derzeit werde die Wohnungsbedarfsanalyse fortgeschrieben und man rechne mit den Ergebnissen dieser Fortschreibung bis Ende der Sommerferien. Diese werden in der nächsten Sitzung vorgestellt. Darüber hinaus laufen momentan die Vorbereitungen für eine, wie in Tagesordnungspunkt 11 angefragt, Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Kreis Neuss.

Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass der Rhein-Kreis Neuss aktiv daran beteiligt gewesen sei, die Änderung des Regionalplanes zu verabschieden, sodass die kreisangehörigen Städte und die Gemeinde dadurch planerisch neuen Wohnraum aktivieren könnten.

Ausschussmitglied Bartsch erfragte, wie die Ergebnisse der Wohnungsbedarfsanalyse umgesetzt werden könnten, insbesondere ob genügend Flächen und Potenziale vorhanden seien um den Bedarf decken zu können. Kreisdirektor Brügge regte an, dass mit Zustimmung des Ausschussvorsitzenden in der nächsten Sitzung über die gewünschten Punkte berichtet werden könne. Herr Josephs ergänzte hierzu, dass im Rahmen der Wohnungsbedarfsanalyse die Wohnbauflächen und die Wohnbaupotenzialflächen dem Bedarf gegenübergestellt würden. Dadurch könne erkannt werden, ob die zur Verfügung stehenden Flächen ausreichend und an den richtigen Stellen platziert seien.

10. Anfrage Runder Tisch

Vorlage: 50/0601/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Bartsch wiederholte sein Bedauern, dass auch hier keine Gemeinsamkeit mit den Städten und der Gemeinde möglich sei. Ausschussmitglied Bartsch erfragte, ob der Lenkungskreis – welcher im Zusammenhang mit der Erstellung der Wohnungsbedarfsanalyse gebildet wurde - in der Vergangenheit getagt habe. Zudem stellte sich ihm die Frage, ob in der Vergangenheit ein regelmäßiger Austausch seitens des Rhein-Kreises Neuss mit der örtlichen Wohnungswirtschaft stattgefunden habe.

Herr Josephs berichtete, dass es nicht an der Zusammenarbeit mit den Städten und der Gemeinde scheitere. Wie in der Vorlage dargestellt, habe sich der im Rahmen der Erstellung der Wohnungsbedarfsanalyse gegründete Arbeitskreis auch danach mehrfach getroffen und tage auch während der Fortschreibung der Wohnungsbedarfsanalyse. In der Anregung von Inwis, zu einem runden Tisch der Wohnungswirtschaft, wurden die Akteure der Wohnungsbauunternehmen ergänzt.

In Gesprächen wiesen diese Unternehmen darauf hin, dass kein Interesse an einem regelmäßigen anlasslosen Austausch bestehe, sondern dass vielmehr projektbezogener Austausch gesucht werden könne. Der Rhein-Kreis Neuss, die Städte und die Gemeinde hätten einen solchen projektbezogenen Austausch gesucht. Herr Josephs bekräftigte, dass der Rhein-Kreis Neuss in den letzten Monaten regelmäßig mit den Wohnungsbauunternehmen – mit Blick auf die Gründung der eigenen Wohnungsbaugesellschaft – im Gespräch war.

11. Anfrage Service- und Koordinierungsgesellschaft

Vorlage: 50/0605/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Bartsch bat darum, ob sich der strategische Partner, der bereit wäre die Geschäftsführung zu übernehmen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen vorstellen könne. Ausschussvorsitzender Ladeck sagt der Vorstellung des neuen Geschäftsführers/der neuen Geschäftsführerin zu.

12. Verschiedenes

Protokoll:

Ausschussmitglied Kühl regte an, dass die Anträge der Fraktionen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der Sitzungsunterlage als Anlage beigefügt würden. Ausschussvorsitzender Ladeck erklärte, dass dies der Umstellung in der Verwaltung, der Umstellung auf Hybridsitzungen und dem wiederkehrenden Normalbetrieb geschuldet sei. Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass ab der nächsten Sitzung die Unterlagen in der ursprünglichen Qualität vorliegen und die Anträge der Niederschrift beigefügt werden.

Ausschussmitglied Krüppel erfragte, wann mit dem Sachstandsbericht des Inklusionskonzepts gerechnet werden könne. Ausschussvorsitzender Ladeck erläuterte, dass Kreisdirektor Brügge zunächst weitere bisher offene Punkte ansprechen würde, wodurch weiteren Fragen vorweggegriffen werden könnte.

Kreisdirektor Brügge berichtete hierzu, dass es bezüglich der Familienkarte eine interfraktionelle Absprache gegeben habe und derzeit ein Vorschlag zur Umsetzung seitens der Verwaltung erarbeitet würde. Dieser Vorschlag werde vor der nächsten Sitzung mit den betreffenden Fraktionen abgestimmt.

Vor dem pandemischen Hintergrund regte die Verwaltung bei den Fraktionen an, die Fortschreibung des Inklusionskonzepts in das Jahr 2022 zu verlagern, um die Fortschreibung mit qualitativer Wertigkeit umsetzen zu können. Derzeit bestünden aufgrund der Pandemie Ressourcenprobleme im Bereich Personal. Ähnliches gelte für den Antrag „kultursensible Pflege“ auf Anfrage der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie den „Masterplan Pflege“ auf Anfrage der CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum. Kreisdirektor Brügge hoffe, in der nächsten Sitzung Vorlagen zu den genannten Themen unterbreiten zu können, da insbesondere die Produktgruppe Pflege stark in die Pandemie einbezogen sei.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich erfragte den Sachstand der Bildungskarte. Kreisdirektor Brügge stellte in diesem Zuge Frau Tichy als neue BuT-Koordinatorin vor und erklärte, dass dieser Bereich grundlegend umgestellt werden solle. Ein qualifizierter Vorschlag zum Thema Bildungskarte solle in der nächsten Sitzung erfolgen. Ausschussmitglied Stein-Ulrich merkte diesbezüglich an, dass der Rhein-Kreis Neuss in der Vorreiterrolle dafür sorgen solle, dass mehr BuT-Leistungen in Anspruch genommen werden. Hierzu sei nach Auffassung von Ausschussmitglied Stein-Ulrich die Bildungskarte förderlich.

Ausschussmitglied Krüppel fragte verständnishafter nach, ob der „Zehn-Punkte-Plan“ statt des „Masterplan Pflege“ in der vorherigen Aufzählung gemeint war. Kreisdirektor Brügge bestätigte dies. Zudem bestätigte Kreisdirektor Brügge auf Nachfrage von Ausschussmitglied Krüppel, dass der „Runde Tisch“ mit Abflauen der Pandemie wieder tagen werde.

Ausschussvorsitzender Ladeck bedankte sich bei den anwesenden Personen und schloss die Sitzung um 18:09 Uhr.



Sven Ladeck
Vorsitzender



Adalbert Kuszynski
Schriftführer



Jacqueline Dragojevic
Schriftführerin